Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1657

15. 01. 88

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 20. Januar 1988 am Donnerstag, dem 21. Januar 1988

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Antretter (SPD)	32, 33
Becker (Nienberge) (SPD)	12, 13
Bernrath (SPD)	18, 19
Frau Blunck (SPD)	47, 48
Frau Bulmahn (SPD)	39, 40
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	8, 9
Frau Dr. Dobberthien (SPD)	42, 54
Dr. Feldmann (FDP)	44
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	45, 46
Frau Ganseforth (SPD)	56, 57
Frau Dr. Götte (SPD)	51, 52
Frau Hämmerle (SPD)	21, 22
Dr. Hauff (SPD)	64, 65
Dr. Klejdzinski (SPD)	14, 31
Kuhlwein (SPD)	38
Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN)	60, 61
Lowack (CDU/CSU)	28
Müller (Schweinfurt) (SPD)	55
Dr. Nöbel (SPD)	16, 17
Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	4, 5
Frau Olms (DIE GRÜNEN)	15
Pauli (SPD)	58, 59
Reimann (SPD)	10, 11
Dr. Rose (CDU/CSU)	7
Schäfer (Offenburg) (SPD)	66
Schanz (SPD)	25, 26
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	49, 50
Dr. Schöfberger (SPD)	2, 3
Seidenthal (SPD)	6
Sellin (DIE GRÜNEN)	36, 37
Dr. Soell (SPD)	29, 30
Dr. Sperling (SPD)	34, 35
Stiegler (SPD)	1, 41
Tietjen (SPD)	23, 24
Wartenberg (Berlin) (SPD)	20
Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	27
Werner (Ulm) (CDU/CSU)	43, 53
Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	62, 63

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

1. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Ausbildungsjahr 1988/89 erneut ein Sonderprogramm zur Ausnutzung nicht belegter Ausbildungsplätze bei Bahn, Post etc. auflegen, und wird dabei insbesondere wieder die Ausbildungskapazität der Ausbildungsstätte beim Bundesbahnausbesserungswerk in Weiden voll belegt werden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß gebeten hat, nach Südafrika zu fahren?

3. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist sich die Bundesregierung sicher, daß der bayerische Ministerpräsident in Südafrika die Südafrika-Politik der Bundesregierung oder des Bundesministers des Auswärtigen vertreten wird, oder muß die Bundesregierung befürchten, daß der bayerische Ministerpräsident in Südafrika eine eigenmächtige Nebenaußenpolitik zu betreiben versucht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

4. Abgeordnete **Frau Oesterle-Schwerin** (DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß zu den „nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften", für die der Bundesminister der Justiz besondere gesetzliche Regelungen ausgeschlossen hat (AP 6. Januar 1987), auch schwule und lesbische Paare, die in Dänemark auf Wunsch dieselben Rechte und Pflichten wie Ehepaare erhalten sollen (dpa 23. Dezember 1987), gehören, und wie will die Bundesregierung das Zusammenleben von schwulen und lesbischen Paaren ohne eine Rechtsänderung im Bereich Familien-, Lebensformenrecht so verbessern, daß unzumutbare Härten, wie die Unmöglichkeit von gemeinsamen Sozialwohnungen, Benachteiligungen bei der Vergabe von Mietwohnungen (Mietrecht), steuerlichen Benachteiligungen durch das Ehegattensplitting (§§ 26, 26a und b EStG), fehlendes Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO, § 383 ZPO) und Besuchsrecht bei Nichtgeschäftsfähigkeit des Partners wegen Koma oder psychischer Erkrankung, vermieden werden?

5. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die verschiedenen Lösungsvorschläge zum Abbau der Benachteiligung schwuler, lesbischer und anderer nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften zum einen durch den Abbau von Privilegien (Abschaffung des Ehegattensplittings), die an den Bestand der Ehe gebunden sind, und zum anderen zur Erweiterung des besonderen Schutzes von Ehe und Familie auf alle frei gewählten Formen menschlichen Zusammenlebens (z. B. bei Nachzug von Ausländern/innen, Zeugnisverweigerungsrecht, Besuchsrecht, Sozialwohnungen)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

6. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)

Durch welche Maßnahmen wird nach Auffassung der Bundesregierung der volle Erhalt der Arbeitsplätze bei den Braunschweigischen Kohlenbergwerken (BKB) sowohl im bergmännischen als auch Kraftwerksbereich (Offleben A, B, C und Buschhaus) gesichert, obwohl die Kraftwerke nur mit Teillast betrieben werden und dies zu betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten bei den BKB führt?

7. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß Pressevertriebsgesellschaften „Gebietsschutz" für bestimmte Regionen haben und Zeitschriftenhändler deren Erzeugnisse auch gegen ihren Willen abnehmen müssen, für einen Beweis der Pressefreiheit oder für einen Monopolmißbrauch?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

8. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen für die deutschen Fischer hat die Einigung über die Abgrenzung der Wirtschaftszonen in der Ostsee zwischen Schweden und der Sowjetunion?

9. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Möglichkeiten zum Fischfang für die deutsche Fischerei östlich Gotlands zu sichern oder ihr einen Ausgleich für die neuerliche Eingrenzung ihrer Fischereimöglichkeiten in der Ostsee zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

10. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung, daß allgemeine Besuchergruppen im Rahmen von Städtepartnerschaften mit der DDR bisher kein Begrüßungsgeld in der Höhe von zur Zeit 100 DM erhalten, obwohl dies nach den geltenden Richtlinien nicht ausgeschlossen ist?

11. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auch Reisende im Rahmen von Städtepartnerschaften in den Genuß des Begrüßungsgeldes kommen zu lassen im Sinne der Verbesserung der Begegnungsmöglichkeiten durch Städtepartnerschaften zwischen den beiden deutschen Staaten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

12. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wie viele Jugendwohnheime der Deutschen Bundespost wurden seit dem 1. Januar 1985 aufgelöst oder in Wohnheime umgewandelt?

13. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Welche Sonderregelungen über die Vorschriften des § 78 Jugendwohlfahrtsgesetz hinaus gelten für die Unterbringung von Nachwuchskräften in den Jugendwohnheimen der Deutschen Bundespost?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

14. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts der außerordentlichen Anstrengungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans zur Aufrechterhaltung ihrer führenden Position auf dem Weltmarkt für Mikro-Elektronik einerseits und der unzureichenden Bemühungen der Europäischen Gemeinshaft und ihrer Mitgliedstaaten zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf diesem Gebiet andererseits bereit, sich für eine Erhöhung der finanziellen Mittel für das europäische Rahmenprogramm, insbesondere Esprit, einzusetzen, das in erster Linie die Mikro-Elektronik und verwandte Gebiete zum Gegenstand hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

15. Abgeordnete **Frau Olms** (DIE GRÜNEN)

Wie viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind Zielobjekt des Verfassungsschutzes und sind im System NADIS gespeichert?

16. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung entsprechend ihrer Ankündigung eine Entscheidung zur Gesamtproblematik des § 55 Beamtenversorgungsgesetz vorlegen?

17. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Welche Fragen sind nach Auffassung der Bundesregierung noch zu klären, bevor eine Entscheidung zur Gesamtproblematik des § 55 Beamtenversorgungsgesetz getroffen werden kann?

18. Abgeordneter **Bernrath** (SPD)

Welche Gründe waren für die Bundesregierung bisher maßgebend, an der Grundsatzregelung des § 55 Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes festzuhalten?

19. Abgeordneter **Bernrath** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, die Grundsatzregelung des § 55 Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes künftig in Frage zu stellen?

20. Abgeordneter **Wartenberg (Berlin)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Beschluß vom 30. September 1987 (2 BvR 933/82) zu den Eingriffen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes in Vertrauenstatbestände, und welche politischen Konsequenzen hält sie für erforderlich?

21. Abgeordnete **Frau Hämmerle** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung – ungeachtet des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 30. September 1987 – unter Beibehaltung der Grundsatzregelung des § 55 Beamtenversorgungsgesetz eine weitere Korrektur der Vorschrift, und welche Kriterien sollen dabei gegebenenfalls zugrunde gelegt werden?

22. Abgeordnete **Frau Hämmerle** (SPD)

Wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zu § 55 Beamtenversorgungsgesetz, der eine weitere Korrektur dieser Vorschrift vorsieht, vorlegen, und wann ist gegebenenfalls damit zu rechnen?

23. Abgeordneter **Tietjen** (SPD)

Welche bisher noch nicht realisierten Vorschläge zur Korrektur des § 55 Beamtenversorgungsgesetz wurden in den vergangenen Jahren von

politischer oder gewerkschaftlicher Seite in die öffentliche Diskussion gebracht, und wie werden diese Vorschläge heute von der Bundesregierung bewertet?

24. Abgeordneter **Tietjen** (SPD)

Mit welchen Kosten würden die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden belastet werden, wenn die von politischer oder gewerkschaftlicher Seite erhobenen Forderungen zur weiteren Korrektur des § 55 Beamtenversorgungsgesetz realisiert würden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

25. Abgeordneter **Schanz** (SPD)

Stimmen Sie mit mir darin überein, daß die Umweltkategorien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zur Einstufung der Umweltverträglichkeit von Entwicklungshilfevorhaben auch nach der Neubearbeitung durch das BMZ immer noch keine echte Objektivierung des Prüfverfahrens bringen, so daß Validität und Reliabilität nicht gewährleistet sind, und warum wurde die Kategorie Uo von früher „umweltneutral" auf heute „Umweltauswirkungen unerheblich" und die Kategorie U4 von früher „nicht mehr förderungswürdig" auf heute „Belastungen aus heutiger Sicht nicht mehr tragbar" geändert?

26. Abgeordneter **Schanz** (SPD)

Können Sie der naheliegenden Annahme folgen, daß damit – jedenfalls am Ziel eines möglichst wirksamen Umweltschutzes gemessen – eine Verwässerung der Kategorien gegeben ist, und welchen technischen, finanziellen und zeitlichen Aufwand würde es bedeuten, alle derzeit laufenden Projekte der Entwicklungshilfe einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen?

27. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Kann die Bundesregierung den Bericht der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 8. Januar 1988 bestätigen, wonach in erheblichem Umfang Steuermittel über die DEG zur Finanzierung eines Hotelkomplexes am Dalyan-Strand an der türkischen Küste verwendet werden und hierdurch in erheblichem Umfang schützenswerte Natur, insbesondere wichtige Ei-Ablagestätten für Meeresschildkröten, zerstört werden, und in welcher Weise kann bzw. will die Bundesregierung dieses noch verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

28. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Auf welchen Beschluß der Bundesregierung bzw. Entscheidung des Bundeskanzlers im Rahmen der Richtlinienkompetenz basiert die Äußerung des Staatsministers im Auswärtigen Amt,

Schäfer, im Dezember 1987 gegenüber Vertretern einer Regierungsdelegation aus Luanda, „daß Beziehungen oder Kontakte zur Unita für die Bundesregierung nicht in Betracht kommen" (Zitat „DIE WELT" vom 14. Dezember 1987)?

29. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage, die endgültige Struktur der ministeriellen WEU-Organe darzustellen oder andernfalls mitzuteilen, welche Probleme in diesem Bereich noch gelöst werden müssen, nachdem die Übergangsphase, die sich die WEU gesetzt hatte, am 31. Dezember 1987 abgelaufen ist?

30. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Initiativen im Rat der WEU unternommen werden, um die künftigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung im europäischen Sicherheitsinteresse zu beeinflussen und um insbesondere zu einem gemeinsamen westlichen Konzept in diesem Bereich beizutragen?

31. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Trifft es zu, daß eine Mitgliedsregierung der WEU ihre Zustimmung zu der Neustrukturierung der WEU-Organe von der Regelung der Sitzfrage abhängig macht und dadurch das weitere Vorgehen blockiert?

32. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Welche konkreten Schritte sind bisher unternommen oder beabsichtigt, um die in Abschnitt III (c) 2 der Plattform über europäische Sicherheitsinteressen vom 27. Oktober 1987 in Den Haag vom Rat der WEU beschlossenen Zielsetzungen auf dem Gebiet des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen West und Ost zu verwirklichen und zu einer Überwindung der gegenwärtigen Phase der Stagnation auf dem Wiener Folgetreffen der KSZE beizutragen?

33. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung in der WEU zu der Sitzfrage ein, nachdem Frankreich Anfang Dezember 1987 vor der WEU-Versammlung die Zusammenlegung aller WEU-Organe in Paris vorgeschlagen hat, während sich die britische Regierung vor demselben Forum für eine Zusammenlegung in Brüssel ausgesprochen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, private Aufwendungen für Haushaltshilfen steuerlich abzugsfähig zu machen?

35. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. von Wartenberg, daß die steuerliche Abzugsfähigkeit der Aufwendungen z. B. für Dienstmädchen eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme darstellen würde?

36. Abgeordneter **Sellin** (DIE GRÜNEN)

Will Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg durch eine Amnestie (vgl. Tagesschau vom 14. Januar 1988) für in der Vergangenheit hinterzogene Steuern auf Zinserträge die Zustimmung von Graf Lambsdorff und der Fraktion der FDP erlangen, um für die beabsichtigte Einführung der Quellensteuer in Höhe von 10 v. H. als Beitrag zur Finanzierung der Steuerreform den Weg freizubekommen?

37. Abgeordneter **Sellin** (DIE GRÜNEN)

Teilt der Bundesminister der Finanzen die Auffassung, daß, wer seine Quellensteuer zurückerhalten will, steuerehrlich sein muß, daß aber mit Zinsen von 10 v. H. davonkommt, wer seine Einkommensteuer auf die Zinsen hinterziehen will?

38. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Welche Überlegungen haben die Bundesregierung bewogen, dem Personalrat der Stadtverwaltung Lauenburg/Elbe die Broschüre „Alles klar – die Steuern gehen runter" zuzusenden, und hat die Bundesregierung dabei bedacht, daß Steuerangelegenheiten nicht zum Aufgabenkatalog der Personalräte gehören?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

39. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung seit 1982 keine Neubearbeitung des zuvor (1973, 1977, 1979) kontinuierlich herausgegebenen Handbuchs „Gesellschaftliche Daten" erstellt?

40. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Welche sozialpolitischen Schlußfolgerungen will die Bundesregierung durch die Nichtvorlage der Daten vermeiden?

41. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welche Maßnahmen die Kurorte betreffend enthält das Kostendämpfungsprogramm der Bundesregierung, und wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Arbeitsplätze in den Kurorten ein?

42. Abgeordnete **Frau Dr. Dobberthien** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, warum nur so wenige Arbeitgeber – 12 v. H. nach einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung – grundsätzlich bereit sind, bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugt einzustellen?

43. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung die Anpassungsstrategien bei der Sicherung der Renten und des Nachwuchses (Bundesminister Dr. Schäuble am 11. Dezember 1987) zu verändern in Richtung auf eine die sozialen Systeme sichernde Strategie, die sowohl den Bereich des Familienlastenausgleichs als auch den Erwerb von Rentenansprüchen im Sinne eines Drei-Generationenvertrages zusammenbetrachtet und Maßnahmen der Familienförderung durchgängig berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

44. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die laut Süddeutscher Zeitung vom 12. Januar 1988 im Bericht der „Kommission für eine integrierte Langzeit-Strategie" an den amerikanischen Präsidenten enthaltene Überlegung, die geltende Vorne-Verteidigung durch eine Vorwärts-Strategie abzulösen, d. h. im Verteidigungsfall nicht nur Luftangriffe in das Hinterland eines Angreifers, sondern auch umfassende Gegenangriffe über die Grenzen zum Warschauer Pakt in Erwägung zu ziehen, und wird sie auch weiterhin am Prinzip der Vorne- statt der Vorwärts-Verteidigung festhalten?

45. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)

Welche Arbeiten im einzelnen sollen im Rahmen der für die Haushaltsjahre 1988 und 1989 für das TECHNEX-Programm eingeplanten bzw. vertraglich gebundenen 29,7 Millionen DM durchgeführt werden?

46. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)

Wie vereinbart es die Bundesregierung mit demokratischen Prinzipien, daß drei offizielle Fachorgane des Bundesministeriums der Verteidigung („Heer", „Luftwaffe", „Marine") im Mönch-Verlag erscheinen, der auch eine Fülle von Publikationen verlegt, die die Waffen-SS verherrlichen, eine Organisation, die in den Nürnberger Prozessen als verbrecherisch eingestuft worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

47. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)

Ist der Bundesregierung die Studie der „US-Consumer Product Safety Commission" aus dem September 1985 bekannt, in der nachgewiesen wird, daß Diethylhexylphalat (DEHP) herz- und leberschädigend ist, die Entwicklung der männ-

lichen Sexualorgane stört, die Zeugungsfähigkeit vermindert und Leberkrebs verursacht, und warum wurden aus dieser Studie noch keine Konsequenzen (z. B. Verbot der Verwendung von PVC mit DEHP für Spielsachen) gezogen?

48. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Magazins „ZAK" (WDR III), daß in PVC-Spielzeug für Kleinkinder der krebsauslösende Weichmacher DEHP in Konzentrationen von bis zu 32 Gewichtsprozenten enthalten ist, und warum wurde die Verwendung dieses Weichmachers für PVC-Spielzeug bisher noch nicht verboten?

49. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß im Krankenhausbereich PVC-Artikel mit DEHP als Infusions- und Beatmungsgeräte, Blutkonserven, Dialyse-Schläuche etc. im Einsatz sind (mit bis zu 39,8 v. H. DEHP-Gewichtsanteilen) und hierdurch nach Schätzungen von US-Experten z. B. ein Dialyse-Patient pro Sitzung 90 Milligramm DEHP (das sind jährlich ca. 14 Gramm DEHP) direkt in den Körper aufnimmt?

50. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. an der Universitäts-Kinderklinik in Köln Zwischenfälle bei der künstlichen Beatmung von Frühgeburten im Zusammenhang mit DEHP auftraten und dabei DEHP im Kondenswasser des Beatmungsgerätes, in den Schläuchen selbst, im Urin des Babys und im Fall eines verstorbenen Babys nach Obduktion auch in der Lunge nachgewiesen wurde sowie eine bis jetzt nicht bekannte Veränderung der Lunge festgestellt wurde, und warum hat die Bundesregierung bisher kein Verbot der Verwendung von Schläuchen aus PVC mit DEHP für den Klinikbereich durchgesetzt?

51. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Aus welchen Gründen weigerte sich das Bundesgesundheitsamt dem WDR gegenüber, dem zuständigen Mitarbeiter in der Frage DEHP für ein Interview zur Verfügung zu stehen, und warum hat das Bundesgesundheitsamt bisher nicht auf schriftliche Fachfragen der Medienvertreter geantwortet?

52. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Untersuchungen des chemischen Landesuntersuchungsamtes Stuttgart in Eisbeißringen aus Weich-PVC für Babys die DEHP-Gehalte zwischen 30 v. H. und 40 v. H. gefunden wurden und nach Schätzungen US-amerikanischer Experten die Aufnahme von DEHP bei Kleinkindern in den ersten 36 Lebensmonaten zwischen 62 Milligramm und 665 Milligramm beträgt, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus diesen Tatsachen ziehen?

53. Abgeordneter **Werner (Ulm)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung angesichts der von Bundesminister Dr. Schäuble am 11. Dezember 1987 in Osnabrück getroffenen Feststellung zur dramatischen Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, die dort nachdrücklich angemahnte Verbesserung der Familienförderung über die seit 1986 erfolgten bzw. für die laufende Legislaturperiode in Aussicht gestellten Maßnahmen des Familienlastenausgleichs hinaus zu gestalten und zeitlich durchzuführen?

54. Abgeordnete **Frau Dr. Dobberthien** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Motivation von Arbeitgebern, mit Frauenförderung und der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz ernst zu machen, zu erhöhen?

55. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Forderung, die Verschreibungspflicht für Tierarzneimittel, die der Bekämpfung von Zoonosen dienen, aufzuheben, für berechtigt, oder sieht sie in der dann unkontrolliert möglichen Abgabe und Anwendung dieser Arzneimittel eine Gefährdung unmittelbar für die Tiere durch nicht bestimmungsgemäßen Gebrauch und mittelbar für Menschen über die von nicht sachgemäß behandelten Tieren stammenden Lebensmittel?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

56. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Wie beteiligt sich die Bundesregierung an den Kosten des Rückbaus der Ortsdurchfahrt einer Bundesstraße, deren Verkehrsaufkommen sich durch den Bau einer Umgehungsstraße wie geplant drastisch verringert und die nun entsprechend der abgenommenen Verkehrsbedeutung herabgestuft wurde?

57. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Hält die Bundesregierung den Rückbau von Straßen, insbesondere Ortsdurchfahrten, deren Verkehrsaufkommen durch den Bau von Entlastungs- bzw. Umgehungsstraßen zurückgegangen ist und deren Dimensionierung durch das zurückgegangene Verkehrsaufkommen zu großflächig ist, für wünschenswert?

58. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach Sperrung der Autobahnabfahrt Koblenz-Metternich der A 61 für den Schwerlastverkehr, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Unfallgefahr gerade durch den allgemein zunehmenden Schwerlastverkehr in der engen Ortslage von Koblenz-Metternich zu beseitigen?

59. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Wann wird nach Auffassung der Bundesregierung die Ortsumgehung Koblenz-Metternich vollständig fertiggestellt sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

60. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Welche atomrechtliche und/oder andere Genehmigungen für nach Gorleben liefernde Atomkraftwerke sind notwendig, damit diese defekte Castor-Behälter wieder annehmen können?

61. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bestrebungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, über den Antrag der „Sofortigen Vollziehung" noch vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über eine seit langer Zeit anhängigen Verfassungsklage in Sachen Transportbehälterlager Gorleben zu entscheiden?

62. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Können z. B. Jäger, welche mit Cäsium belastetes Wild zur Strecke bringen, dieses bis zu welchem Becquerel-Wert vermarkten?

63. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß der Rat der EG am gleichen Tag zwei Verordnungen erlassen hat, nämlich Verordnung Nr. 3954 (EWG-Vertrag) mit einer Geltungsdauer von zwei Jahren und Verordnung Nr. 3955 (Euratom-Vertrag) mit Geltungsdauer ab sofort?

64. Abgeordneter **Dr. Hauff** (SPD)

Befindet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Rauchgasentschwefelungsanlage im Kohlekraftwerk Buschhaus noch im Probebetrieb, oder seit wann ist die Anlage funktionsfähig in Betrieb genommen worden?

65. Abgeordneter **Dr. Hauff** (SPD)

Treffen Meldungen nach Auffassung der Bundesregierung zu, daß die Grenzwerte von 400 mg/qm SO_2 bzw. 35 000 Tonnen pro Jahr nur deshalb eingehalten werden können, weil die Kraftwerke Buschhaus/Offleben nur mit Teillast betrieben werden, wenn ja, mit welcher Kapazität werden die Anlagen gefahren?

66. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß seit dem 1. Juli 1987 und zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Anforderungen des Bundestagsbeschlusses vom 31. Juli 1984 erfüllt sind – auch bezüglich der gegebenen Subventionen für die Umweltschutzanlagen?

Bonn, den 15. Januar 1988

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333